

A. Allgemeine Zertifizierungsbedingungen

Die nachfolgend genannten Regelungen beziehen sich auf die jeweils gültigen Normen, Verordnungen und Richtlinien des Vertragsgegenstandes zwischen dem Auftraggeber und der TÜV Saarland Certification GmbH – nachfolgend Auftragnehmer oder Zertifizierungsstelle genannt. Mit jeder Beauftragung der Zertifizierungsstelle erkennen der Antragsteller sowie der Auftraggeber als wesentlichen Vertragsbestandteil die aktuelle Fassung der Prüf- und Zertifizierungsbedingungen sowie der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der TÜV Saarland Certification GmbH als verbindlich an. Bestehende Vertragsverhältnisse unterliegen der jeweils gültigen Fassung der Prüf- und Zertifizierungsbedingungen und der Allgemeinen Geschäftsbedingungen der TÜV Saarland Certification GmbH. Diese können im Internet zur Kenntnis genommen, in der Zertifizierungsstelle eingesehen oder auf Wunsch zugesandt werden. Die Zertifizierungsstelle ist berechtigt, Unterauftragnehmer einzuschalten. Alle Einzelmaßnahmen der Zertifizierungen werden vom Auftragnehmer unabhängig und unparteilich und unter Berücksichtigung des Gleichheitsgrundsatzes durchgeführt.

1. Allgemeine Regelungen

- 1.1 Der Auftraggeber ist verpflichtet, dem Auftragnehmer alle für die Zertifizierung erforderlichen Informationen zuzustellen.
- 1.2 Der Auftraggeber stellt vor dem Audit der Zertifizierungsstelle alle notwendigen Unterlagen zur Verfügung, die rechtzeitig durch den Auftragnehmer angefordert werden.
- 1.3 Der Auftraggeber und der Auftragnehmer können optional ein Voraudit vereinbaren, dessen Umfang abgestimmt werden kann.
- 1.4 Beim Audit im Unternehmen wird die Wirksamkeit des eingeführten Managementsystems überprüft. Das Unternehmen weist beim Audit die praktische Anwendung seiner dokumentierten Verfahren nach. Nicht erfüllte Standards oder nicht erfüllte Normenforderungen werden in Abweichungsberichten dokumentiert, für die das Unternehmen Korrekturmaßnahmen vorsehen muss.
- 1.5 Am Ende des Audits wird der Auftraggeber in einem Abschlussgespräch über das Auditergebnis unterrichtet. Das Ergebnis wird später in einem Auditbericht dokumentiert. Abweichungen werden dokumentiert und können soweit dies aufgrund der Ergebnisse notwendig ist, zu einem Nachaudit vor Ort oder zur Einreichung neuer Unterlagen und deren Überprüfung führen. Über das Erfordernis oder den Umfang des Nachaudits entscheidet der Auditleiter auf Grundlage der festgestellten Abweichungen.
- 1.6 Unter Zertifikaten sind nachfolgend sämtliche Konformitätsbestätigungen wie z.B. Urkunden, Gültigkeitserklärungen, Zertifikate im engeren Sinn zu verstehen. Unter Zertifizierung werden nachfolgend sämtliche Begutachtungs-, Prüfungs-, Validierungs- und Zertifizierungsverfahren verstanden. Aufgrund dieser Prüfungen wird die Entscheidung über die Erteilung, Aufrechterhaltung der Zertifizierung, Erweiterung oder Einschränkung des Geltungsbereichs, Erneuerung, Aussetzung, Wiederherstellung oder Zurückziehung der Zertifizierung getroffen. Das/die Zertifikate wird/werden vom Auftragnehmer nach positiver Prüfung der Dokumentation des Zertifizierungsverfahrens erteilt. Die Zertifikate werden dem Auftraggeber zugestellt. Das Zertifikat wird nur erteilt, wenn alle Abweichungen behoben sind. Das Zertifikat wird für den festgelegten Zeitraum ausgestellt.
- 1.7 Zur Aufrechterhaltung der Gültigkeit des Zertifikates sind in Abhängigkeit vom jeweiligen Standard Überwachungsaudits vor Ort durchzuführen. Wenn die Überwachung nicht in Verbindung mit einer positiven Entscheidung zum Fortbestand durch die Zertifizierungsstelle abgeschlossen ist, verliert das Zertifikat seine Gültigkeit. Die betroffenen Zertifikate müssen in diesem Fall unverzüglich an die Zertifizierungsstelle zurückgegeben werden.
- 1.8 Beim Überwachungsaudit werden mindestens die wesentlichen Standard- bzw. Normforderungen geprüft. Außerdem werden die ordnungsgemäße Nutzung des Zertifikates (und des Zertifizierungszeichens) und Beanstandungen bezüglich des Managementsystems sowie die Wirksamkeit der Korrekturmaßnahmen zu den Abweichungen aus den vorherigen Audits bewertet. Nach jedem Überwachungsaudit erhält der Auftraggeber einen Auditbericht.
- 1.9 Bei Überwachungs- und Rezertifizierungsaudits oder zu einem eigens angesetzten Termin sind Erweiterungen / Einschränkungen des Geltungsbereiches sowie Ergänzungen von Normnachweisen möglich. Der Aufwand richtet sich nach dem Erweiterungsumfang, der vor dem Audit vom Unternehmen eindeutig zu definieren und vertraglich zu regeln ist. Der Gültigkeitszeitraum der Erweiterung der Zertifizierung ist hierbei beschränkt auf den Gültigkeitszeitraum der bestehenden Zertifizierung.
- 1.10 Sollten sich im Laufe der Vertragslaufzeit Änderungen bei den Verfahrensvoraussetzungen (z.B. Unternehmensdaten, Akkreditierungsanforderungen) ergeben, so sind diese Änderungen entsprechend in den Verfahren zu berücksichtigen und der Vertragspartner ist umgehend zu informieren. Dies gilt auch für daraus ggf. resultierende notwendige Änderungen des Zertifizierungsaufwands.

1.11 Managementsysteme auf Grundlage verschiedener Standards können u.U. in einem Kombiverfahren zertifiziert werden. Diese werden entsprechend individuell angeboten.

1.12 Kosten, die durch Mehraufwand aufgrund eines außerplanmäßigen Audits oder Nachaudits sowie der Verifizierung von Korrekturmaßnahmen zur Behebung von Abweichungen aus dem vorangegangenen Audit entstehen, sind vom Auftraggeber zu tragen und werden diesem nach Aufwand in Rechnung gestellt. Dies gilt auch für Kosten, die durch ein kurzfristig angekündigtes außerordentliches Audit gemäß Ziffer 1.4 der Besonderen Zertifizierungsbedingungen entstehen.

2. Mitwirkungspflichten des Auftraggebers

- 2.1 Der Auftraggeber stellt dem Auftragnehmer rechtzeitig vor dem jeweiligen Audit die benötigten Unterlagen kostenlos zur Verfügung.
- 2.2 Der Auftraggeber gewährt dem/den Auditor/en beim Audit Einsicht in die vom Geltungsbereich betroffenen Aufzeichnungen und gewährt Zugang zu den betroffenen Organisationseinheiten.
- 2.3 Der Auftraggeber benennt einen oder mehrere Auditbeauftragte, die den Auditor des Auftragnehmers unterstützen und als Kontaktperson zum Auftraggeber dienen.
- 2.4 Der Auftraggeber ist nach der Erteilung eines Zertifikates verpflichtet, dem Auftragnehmer während der Vertragslaufzeit sämtliche Änderungen mitzuteilen, die wesentlichen Einfluss auf das Managementsystem haben, insbesondere Änderungen des zertifizierten Managementsystems und Änderungen der Unternehmensstruktur und der Organisation.
- 2.5 Der Auftraggeber verpflichtet sich, stets die Zertifizierungsanforderungen zu erfüllen, einschließlich der Umsetzung entsprechender Änderungen.

3. Eingesetztes Personal, Beschwerde- und Einspruchsrecht

- 3.1 Der Auftraggeber hat das Recht, einen bestimmten Auditor bzw. Fachexperten abzulehnen, soweit ein nachvollziehbarer Grund gegen die Benennung spricht und die Ablehnung entsprechend begründet wird.
- 3.2 Im Falle des Einsatzes von externen Auditoren oder Fachexperten ist eine Zustimmung des Auftraggebers für den Einsatz dieser Auditoren erforderlich. Diese Zustimmung gilt als erteilt, wenn der Auftraggeber nicht innerhalb von einer Woche nach Benennung des externen Auditors gegenüber dem Auftraggeber gegen dessen Einsatz Einspruch einlegt. Der Auftraggeber hat das Recht, Informationen über das eingesetzte Personal zu erhalten (fachlicher CV).
- 3.3 Der Auftraggeber ist bei akkreditierten Zertifizierungsverfahren damit einverstanden, dass Begutachter des Akkreditierers oder des Standardgebers oder der Zertifizierungsstelle die Dokumente des Auftraggebers prüfen und zur Beobachtung am Audit teilnehmen können.
- 3.4 Bei Beschwerden zu Ablauf oder Inhalt des Audits oder des Zertifizierungsverfahrens kann sich der Auftraggeber an die Beschwerdestelle wenden. Für Sachverhalte, die nicht mit dem Auftragnehmer geklärt werden können, kann mit Zustimmung des Auftraggebers das Lenkungs-gremium (Ausschuss zur Sicherung der Unparteilichkeit) eingeschaltet werden.
- 3.5 Der Auftraggeber hat das Recht, gegen die Zertifizierungsentscheidung Einspruch zu erheben.

4. Aussetzung, Entzug, Wiederherstellung und Einschränkung von Zertifikaten

- 4.1 Die Zertifizierungsstelle ist jederzeit berechtigt, das Recht zur Nutzung einzuschränken, auszusetzen, abzuerkennen und/oder zu entziehen, wenn Voraussetzungen der Zertifikatserteilung nicht (mehr) erfüllt sind, zum Beispiel, weil im Zertifizierungsverfahren unvollständige oder unwahre Angaben gemacht wurden; der Auftraggeber den im Zusammenhang mit der Zertifizierung aufgegebenen Pflichten nicht nachkommt oder die Leistungspflichten aus dem Vertrag mit der Zertifizierungsstelle, insbesondere Zahlungspflichten, nicht erfüllt; der Vertrag über die Zertifizierung endet, eine freiwillige Aussetzung beantragt wird oder sonstige Gründe gem. dieser Zertifizierungsbedingungen oder dem Vertrag vorliegen.
- 4.2 die TÜV Saarland Certification GmbH ist bei Entzug des Zertifikats berechtigt, den Vertrag außerordentlich zu kündigen. Weitere Schadensersatz- und sonstige Ansprüche bleiben unberührt.
- 4.2 Die TÜV Saarland Certification GmbH haftet außer in Fällen des Vorsatzes und der groben Fahrlässigkeit nicht für Nachteile, die dem Auftraggeber aus Nichterteilung, Erlöschen, Entzug, Widerruf, Beschränkung oder Aussetzung eines Zertifikates entstehen.
- 4.3 Ausgesetzte Zertifizierungen werden wiederhergestellt, wenn das Problem, das zur Aussetzung geführt hat, gelöst worden ist. Wenn die Probleme, die zur Aussetzung geführt haben, in einem von der Zertifizierungsstelle vorgegebenen

	Zeitraum nicht gelöst worden sind, führt dies zur Zurückziehung oder Einschränkung des Geltungsbereichs der Zertifizierung.	4.11	Das Recht des Auftraggebers, das Zertifikat oder das Zertifizierungszeichen zu nutzen, endet in der vereinbarten Frist im Falle einer wirksamen ordentlichen Kündigung oder mit sofortiger Wirkung im Falle einer berechtigten außerordentlichen Kündigung aus wichtigem Grund.
4.4	Die Zertifizierungsstelle schränkt den Geltungsbereich der Zertifizierung des Kunden ein, um diejenigen Teile auszuschließen, die die Anforderungen nicht erfüllen, wenn der zertifizierte Kunde es dauerhaft oder schwerwiegend versäumt hat, die Zertifizierungsanforderungen für diese Teile des Geltungsbereichs der Zertifizierung zu erfüllen. Eine solche Einschränkung muss in Übereinstimmung mit den Anforderungen der für die Zertifizierung verwendeten Norm erfolgen.	4.12	Das Nutzungsrecht erlischt weiterhin automatisch, soweit ordnungsrechtlich oder gerichtlich die Aufrechterhaltung des Zertifikates untersagt wird.
		4.13	Bei Beendigung des Nutzungsrechtes ist der Auftraggeber verpflichtet, das Zertifikat an den Auftragnehmer herauszugeben.
		4.14	Bei Zuwiderhandlung gegen vertragliche Bestimmungen bleibt die Geltendmachung etwaiger Schadensersatzansprüche dem Auftragnehmer vorbehalten.
		4.15	Die Zertifizierung darf nicht zur Folge haben, den Auftragnehmer in Verruf zu bringen.
		4.16	Der Auftraggeber ist nicht berechtigt, Erklärungen über seine Zertifizierung abzugeben, welche der Auftragnehmer als irreführend und nicht autorisiert ansehen kann.
		4.17	Ist absehbar, dass die Zertifizierungsanforderungen des Auftraggebers nur zeitweise nicht erfüllt werden, kann die Zertifizierung ausgesetzt werden. Während dieser Zeit darf der Auftraggeber nicht mit der Zertifizierung werben.
		4.18	Wird der Grund zur Aussetzung nicht im vereinbarten Zeitraum behoben, erfolgt der Entzug des Zertifikates.
		4.19	Der Auftraggeber ist verpflichtet, einen Nachweis über die Verwendung des Zertifikates zu führen. Es wird darauf hingewiesen, dass der Auftragnehmer verpflichtet ist, die korrekte Verwendung stichprobenartig zu überprüfen. Hinweise von Dritten wird vom Auftragnehmer nachgegangen.
		4.20	Der Auftraggeber informiert den Auftragnehmer umgehend, wenn er feststellt, dass Dritte sein Zertifikat missbräuchlich verwenden.
		4.21	Sollte die TÜV Saarland Certification GmbH aufgrund vertragswidriger Nutzung des Prüfzeichens, Zertifikats oder Berichts durch den Kunden von Dritten in Anspruch genommen werden, so ist der Kunde verpflichtet, die Zertifizierungsstelle von allen Ansprüchen Dritter auf erstes Anfordern freizustellen. Das Gleiche gilt für Fälle, in denen die Zertifizierungsstelle durch Werbeaussagen des Kunden von Dritten in Anspruch genommen wird.
		4.22	Es darf nicht stillschweigend angedeutet werden, dass die Zertifizierung für Tätigkeiten und Standorte gilt, die außerhalb des Geltungsbereiches der Zertifizierung liegen.
		4.23	Der Auftraggeber verpflichtet sich die Anforderungen der Zertifizierungsstelle bei Verweis auf seinen Zertifizierungsstatus in Kommunikationsmedien (z.B. Internet, Broschüren oder Werbematerialien) einzuhalten.
4. Umfang des Nutzungsrechts für Zertifikate und Zertifizierungszeichen			
4.1	Soweit das vereinbarte Zertifizierungsverfahren mit positivem Ergebnis abgeschlossen wurde, erhält der Auftraggeber vom Auftragnehmer das entsprechende Zertifikat. Das Zertifikat hat die im Vertrag oder den Besonderen Zertifizierungsbedingungen des Auftragnehmers festgelegte Laufzeit.		
4.2	Mit Erteilung des Zertifikats gemäß Ziffer 4.1 erhält der Auftraggeber das einfache, nicht übertragbare und nicht ausschließliche Recht, das Zertifizierungszeichen gemäß den in Ziffern 4.3 bis 4.15 genannten Bedingungen während der Laufzeit des Zertifikats und in dessen Geltungsbereich zu nutzen. Für die Nutzung des Zertifizierungszeichens kann, je nach Art und Umfang der Nutzung, ein Lizenzentgelt fällig werden. Einzelheiten hierzu werden in einer separaten Lizenzvereinbarung geregelt.		
4.3	Der Kunde darf ausschließlich das Prüfzeichen, keinesfalls das TÜV Saarland Logo oder den Claim der TÜV Saarland-Gruppe (aktuell „Immer Sicher“ oder „Sicher“) verwenden.		
4.3	Die Genehmigung zur Nutzung des vom Auftragnehmers erstellten Zertifikates und eines Zertifizierungszeichens gilt ausschließlich für die im Geltungsbereich des Zertifikates genannten Unternehmensbereiche des Auftraggebers. Die Nutzung für nicht genannte Bereiche ist ausdrücklich untersagt. Alle Werbematerialien müssen geändert werden, wenn der Geltungsbereich des Zertifikates eingeschränkt wurde.		
4.4	Das Zertifizierungszeichen für die Zertifizierung des Managementsystems darf nur vom Auftraggeber und nur in unmittelbarer Verbindung mit dem Firmennamen oder dem Firmenzeichen des Auftraggebers genutzt werden. Es darf nicht auf oder in Bezug auf ein Produkt des Auftraggebers angebracht werden. Das gilt auch für die Verpackung von Produkten, für Produktbegleitinformationen, Laborprüfberichte, Kalibrierscheine oder Inspektionsberichte. Die Kennzeichnung darf nicht in einer Art verwendet werden, die als Kennzeichnung für Produktkonformität interpretiert werden könnte.		
4.5	Der Auftraggeber verpflichtet sich, das Zertifikat und das Zertifizierungszeichen nur so zu nutzen, dass eine der Zertifizierung entsprechende Aussage über das Unternehmen / den Unternehmensbereich des Auftraggebers gemacht wird. Der Auftraggeber hat ferner dafür Sorge zu tragen, dass nicht der Eindruck entsteht, es habe sich bei der Zertifizierung um eine amtliche Überprüfung oder bei der Systemzertifizierung um eine Produktprüfung gehandelt.		
4.6	Der Auftraggeber ist nicht befugt, Änderungen auf dem Zertifikat oder am Zertifizierungszeichen vorzunehmen. Es muss als solches erkennbar und deutlich kleiner als das Firmenlogo des Kunden / Zertifikatsinhabers abgebildet sein. Die im Prüfzeichen enthaltenen Angaben müssen auch bei verkleinerter Abbildung noch deutlich lesbar sein. Das Prüfzeichen muss für sich alleine stehen und darf nicht mit anderen Merkmalen (z. B. Firmenlogo des Kunden, Aussage, Grafik) verbunden werden. Insbesondere darf nicht der Eindruck erweckt werden, der Zertifikatsinhaber gehörten der TÜV Saarland-Gruppe an oder es handle sich um die Marke / das Firmenlogo des Kunden.		
4.7	Der Auftraggeber ist verpflichtet, durch das Erscheinungsbild in seiner Werbung und dergleichen klarzustellen, dass es sich um eine freiwillige Zertifizierung handelt.		
4.8	Das Nutzungsrecht erlischt, wenn kein gültiges Zertifikat vorliegt, insbesondere bei Ablauf der Zertifikatslaufzeit, der Nichtdurchführung von erforderlichen Überwachungs- oder Rezertifizierungsaudits oder auf eine andere Art die vertragliche Grundlage für die Nutzung des Prüfzeichens wegfällt.		
4.9	Das Recht des Auftraggebers, das Zertifikat oder das Zertifizierungszeichen zu nutzen, endet mit sofortiger Wirkung, ohne dass es einer Kündigung bedarf, wenn der Auftraggeber das Zertifikat und/oder das Zertifizierungszeichen in einer gegen die Bestimmungen von Ziffer 4.1 bis 4.8 verstoßenden Weise oder sonst in vertragswidriger Weise nutzt.		
4.10	Das Recht des Auftraggebers das Zertifikat oder das Zertifizierungszeichen zu nutzen, endet insbesondere auch dann, wenn berechtigte Zahlungsansprüche trotz Mahnung nicht innerhalb der vereinbarten Frist ab Fälligkeit vom Zertifikatsinhaber vollständig erfüllt werden; der Zertifikatsinhaber Antrag auf Eröffnung eines Verfahrens nach der Insolvenzordnung oder einer vergleichbaren Regelung einer Rechtsordnung außerhalb Deutschlands stellt oder die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wird.		
		5.1	„Vertrauliche Informationen“ sind alle technischen, finanziellen, rechtlichen, steuerlichen Informationen, Informationen über Designs, Erfindungen, Marketing oder sonstige Informationen (einschließlich Daten, Aufzeichnungen und Know-how), welche der Auftraggeber direkt oder indirekt im Zusammenhang mit dem Vertrag der Zertifizierungsstelle zugänglich macht oder auf sonstige Weise zur Kenntnis gelangen.
		5.2	Die TÜV Saarland Certification GmbH wird vertrauliche Informationen streng vertraulich behandeln und sie Dritten weder weiterleiten noch auf sonstige Weise zugänglich machen sowie geeignete Vorkehrungen zum Schutz der Vertraulichen Informationen treffen. Die Zertifizierungsstelle darf vertrauliche Informationen nur zu Zwecken der Vorbereitung, Einschätzung und Durchführung des Vertrags verwenden und nicht anderweitig zu ihren eigenen Gunsten oder den Gunsten von Dritten nutzen. Die Verpflichtungen zur Vertraulichkeit gelten nicht, wenn der Auftraggeber für den konkreten Einzelfall der Weitergabe der Vertraulichen Informationen an einen Dritten vorher schriftlich zugestimmt hat oder die Zertifizierungsstelle zur Offenlegung der Vertraulichen Informationen durch Gesetz, den Beschluss eines Gerichts, der Anordnung einer Behörde oder sonstigen staatlichen Einrichtung oder aufgrund der Regularien eines Akkreditierers verpflichtet ist
		5.3	Die TÜV Saarland Certification GmbH darf vertrauliche Informationen Mitarbeitern, verbundenen Unternehmen sowie deren Mitarbeitern sowie gesetzlich zur Verschwiegenheit verpflichteten Beratern offenlegen, sofern sie jeweils einer angemessenen Vertraulichkeitsverpflichtung unterliegen.
		5.4	Die TÜV Saarland Certification GmbH ist berechtigt, von den schriftlichen Unterlagen, die zur Einsicht überlassen oder für die Auftragsdurchführung übergeben wurden, Kopien zu behalten. Die TÜV Saarland Certification GmbH ist berechtigt, vertrauliche Informationen zu Zwecken der ordnungsgemäßen Aktenführung und Archivierung auch nach Vertragsende mit dem Auftraggeber zu behalten.
5. Vertraulichkeit und Datenschutz			

5.5 Die TÜV Saarland Certification GmbH verpflichtet sich zur Einhaltung der gesetzlichen Regelungen des Datenschutzes. Im Rahmen von gesetzlichen oder von Akkreditierern vorgeschriebenen Publikationspflichten darf die TÜV Saarland Certification GmbH die Adressdaten des Auftraggebers und zertifikatsrelevante Tatsachen bekannt geben.

5. Verzeichnis der zertifizierten Unternehmen

5.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, ein Verzeichnis der Zertifikatinhaber mit folgenden Inhalten zu führen: Name des Zertifikatinhabers, zutreffende normative Dokumente, Geltungsbereich und Standort(e).

5.2 Das Verzeichnis beinhaltet auch ausgesetzte und entzogene Zertifizierungen gemäß den Ziffer 4.9, 4.16 und 4.17.

5.3 Das Verzeichnis ist öffentlich zugänglich.

B. Besondere Zertifizierungsbedingungen

Die hier aufgeführten Regelungen gelten bei Zertifizierungsverfahren zusätzlich zu den vorstehenden Allgemeinen Zertifizierungsbedingungen und nur für Verfahren auf Grundlage einer nationalen oder internationalen Akkreditierung, Zulassung oder Anerkennung. Soweit in diesen Besonderen Zertifizierungsbedingungen von „Akkreditierer“ gesprochen wird, umfasst dies auch Zulassungsorganisationen und Anerkennungsorganisationen. Die Bezeichnungen „Akkreditierungsvorgaben“, „Akkreditierungsanforderungen“, „Akkreditierungsstandards“ und „Akkreditierungsverfahren“ gelten entsprechend für die Vorgaben und Verfahren der Zulassungs- oder Anerkennungsstellen.

- allgemein gültige Akkreditierungsstandards: z.B. ISO/IEC 17021, ISO 19011
- spezifische Akkreditierungsstandards: z.B. ISO 27006 für ISMS
- Zertifizierungsstandards wie ISO 9001, ISO 14001, ISO 27001, IATF 16949
- Vorgaben des jeweiligen Akkreditierers.

1 Allgemeine Bedingungen für akkreditierte Zertifizierungsverfahren

1.1 Zertifizierungsaudit

1.1.1 Das Zertifizierungsaudit wird in zwei Stufen durchgeführt. Stufe 1 dient dazu, einen Überblick über das Managementsystem und den Umsetzungsstatus zu erlangen. Mit diesen Informationen kann dann die Stufe 2 des Audits erfolgen, in der die Umsetzung und Einhaltung des Management-Systems überprüft wird.

1.1.2 Das Stufe 1 und Stufe 2 Audit können unmittelbar aufeinander erfolgen. Sollte allerdings das Stufe 1 Audit ergeben, dass die Zertifizierbarkeit noch nicht gegeben ist, kann das Stufe 2 Audit nicht unmittelbar im Anschluss durchgeführt werden. Vielmehr muss in diesem Fall zunächst die Zertifizierbarkeit durch den Auftraggeber hergestellt werden. Bedeutende Änderungen die aus Schwachstellen aus Stufe 1 erforderlich sind, können zur Wiederholung vom Stufe 1 Audit oder Teilen vom Stufe 1 Audit führen. Die sich daraus ergebenden zusätzlichen eigenen Kosten des Auftraggebers und Kosten des Auftragnehmers, einschließlich Reisekosten, Reisezeiten, Ausfallzeiten gehen zu Lasten des Auftraggebers.

1.1.3 Stufe 1 und Stufe 2 Audit dürfen nicht länger als 6 Monate auseinander liegen.

Liegen mehr als 6 Monate zwischen Stufe 1 und Stufe 2 Audit muss Stufe 1 wiederholt werden. Die sich daraus ergebenden zusätzlichen eigenen Kosten des Auftraggebers und Kosten des Auftragnehmers, einschließlich Reisekosten, Reisezeiten, gehen zu Lasten des Auftraggebers.

1.1.4 Bei der Ermittlung des Abstandes zwischen Stufe 1 und Stufe 2 Audit werden sowohl die Erfordernisse des Auftraggebers wie auch ausreichend Zeit zur Korrektur von Schwachstellen in Betracht gezogen. In der Regel liegt der zeitliche Schwerpunkt beim Stufe 2 Audit.

1.1.5 Wenn der Auftragnehmer nicht in der Lage ist, die Umsetzung von Korrekturen und Korrekturmaßnahmen jeglicher Nichtkonformität innerhalb von 6 Monaten nach dem letzten Tag der Stufe 2 zu verifizieren, muss der Auftragnehmer vor der Empfehlung zur Zertifizierung eine erneute Stufe 2 durchführen.

1.2 Überwachungsaudit

1.2.1 Zur Aufrechterhaltung der Gültigkeit des Zertifikates sind mindestens jährliche Überwachungsaudits vor Ort durchzuführen. Der Fälligkeitstag richtet sich nach dem Datum der Zertifizierungsentscheidung des Erstzertifizierungsaudits. Das erste Überwachungsaudit nach dem Erstzertifizierungsaudit muss bis spätestens 12 Monate nach der Zertifizierungsentscheidung durchgeführt sein.

1.3 Rezertifizierungsaudit

1.3.1 Zur Verlängerung der Zertifizierung für weitere drei Jahre ist vor Ablauf der Gültigkeitsdauer ein Rezertifizierungsaudit beim Auftraggeber durchzuführen.

1.3.2 Das Verfahren entspricht dem des Zertifizierungsaudits, wobei die Notwendigkeit und der Umfang des Stufe 1 Audits in Abhängigkeit von Änderungen im Managementsystem des Auftraggebers, seiner Organisation oder des Kontextes seines Managementsystems festgelegt wird.

1.3.3 Bei erfolgreicher Rezertifizierung verlängert sich die Laufzeit des Zertifikates um 3 Jahre ausgehend vom Ablauftermin des vorherigen Zertifikates. Das Rezertifizierungsaudit und die positive Zertifizierungsentscheidung müssen dazu bis zum Ablaufdatum erfolgt sein.

Wenn die Zertifizierungsstelle vor Ablauf des Zertifizierungsdatum das Rezertifizierungsaudit nicht abgeschlossen hat oder außerstande ist, die Umsetzung von Korrekturen und Korrekturmaßnahmen für eine beliebige wesentliche Nichtkonformität zu verifizieren, dann darf keine Empfehlung für die Re-Zertifizierung ausgesprochen werden und die Gültigkeit der Zertifizierung darf nicht verlängert werden. Ihr Unternehmen wird darüber informiert und die Konsequenzen werden Ihnen erläutert.

1.4 Kurzfristig angekündigte Audits

Unter nachfolgenden Voraussetzungen kann ein kurzfristig angekündigtes, außerordentliches Audit erforderlich werden:

Gravierende Beschwerden und andere der Zertifizierungsstelle bekannt gewordene Sachverhalte, die die Wirksamkeit des zertifizierten Managementsystems des Auftraggebers in Frage stellen und die sich nicht auf dem Schriftwege oder im Rahmen des nächsten turnusmäßigen Audits beheben lassen (z.B. mutmaßliche Rechtsverletzungen des Auftraggebers oder seiner leitenden Mitarbeiter).

Änderungen beim Auftraggeber, die die Fähigkeiten des Managementsystems derart beeinträchtigen, dass die Forderungen des Zertifizierungsstandards nicht mehr erfüllt werden.

Als Konsequenz auf eine Aussetzung der Zertifizierung des Auftraggebers. In diesen Fällen kann der Auftraggeber die Auditoren nicht ablehnen.

1.5 Verbundzertifizierungen

1.5.1 Verbundzertifizierungen können angewandt werden bei Unternehmen mit mehreren Standorten oder bei Unternehmen mit Niederlassungen, die reine Außenstellenfunktionen haben.

1.5.2 Verbundzertifizierungen sind möglich, wenn folgende Voraussetzungen erfüllt sind:

Alle Standorte haben eine rechtliche oder vertragliche Bindung mit einer Zentrale.

Die Produkte/Dienstleistungen aller Standorte müssen im Wesentlichen alle gleich sein und nach denselben Methoden und Verfahren hergestellt werden.

Festlegung, Erstellung und Aufrechterhaltung eines einheitlichen Managementsystems, das für alle Niederlassungen / Standorte gilt.

Überwachung des gesamten Managementsystems unter zentraler Anleitung durch den Managementbeauftragten der Zentrale. Dieser ist fachlich weisungsbefugt für alle Niederlassungen / Standorte.

Vorliegen der internen Audits und des Management-Reviews für alle Niederlassungen / Standorte.

Bestimmte Bereiche arbeiten zentral für alle Bereiche: Produkt- und Verfahrensentwicklung, Beschaffung, Personalwesen u. a.

1.5.3 Bei Verbundzertifizierungen kann die Auditierung der Standorte vor Ort verteilt auf Zertifizierungs- und die Überwachungsaudits erfolgen. Die Zentrale muss jährlich zusätzlich zu den ausgewählten Standorten auditiert werden.

1.5.4 Der Auftragnehmer wählt die zu auditierenden Standorte aus.

2 Spezifische Bedingungen für akkreditierte Zertifizierungsverfahren

Nachfolgend sind die zusätzlichen Bedingungen für bestimmte akkreditierte Zertifizierungsverfahren des Auftragnehmers aufgeführt, die zusätzlich zu den allgemeinen Zertifizierungsbedingungen für den jeweiligen nachfolgend aufgeführten spezifischen Standard gelten.

2.1 Ergänzende Bedingungen Automobilindustrie IATF 16949, VDA 6.x

2.1.1 Die abweichenden Regelungen in den nachfolgend genannten Zertifizierungsvorgaben der Automobilindustrie sind vorrangig.

IATF 16949 Zertifizierungsvorgaben der Automobilindustrie zur IATF 16949, Regeln für die Anerkennung und Aufrechterhaltung der IATF-Zulassung, 5. Ausgabe für IATF 16949, 1. November 2016 (IATF: International Automotive Task Force).

VDA 6.x – Zertifizierungsvorgaben für VDA 6.1, VDA 6.2 und VDA 6.4 auf Basis ISO 9001 (VDA - QMC: Verband der Automobilindustrie - Qualitäts Management Center).

2.1.2 Der Auftraggeber

kann die Anwesenheit eines IATF Repräsentanten nicht ablehnen

kann die Bitte der Zertifizierungsgesellschaft, der IATF den Abschlussbericht zur Verfügung zu stellen, nicht ablehnen

kann ein IATF-Witnessaudit nicht ablehnen

kann die Anwesenheit eines internen Witnessauditors der Zertifizierungsgesellschaft nicht ablehnen

kann die Anwesenheit eines IATF Repräsentanten oder dessen Vertretern nicht ablehnen

2.1.3 Berater des Auftraggebers dürfen während des Audits nicht am Standort anwesend sein oder in irgendeiner Weise am Audit teilnehmen.

2.1.4 Das Versäumnis eines Auftraggebers, die Zertifizierungsgesellschaft über Änderungen zu informieren, wird als Bruch der rechtlich durchsetzbaren Vereinbarung betrachtet und kann zum Entzug des IATF 16949 Kundenzertifikates durch die Zertifizierungsgesellschaft führen. Dazu gehören Änderungen bezüglich:

Rechtsform

Handelsrechtlicher Status (z. B. Joint Venture, Unterbeauftragung anderer Organisationen)

Eigentumsverhältnisse (z. B. Fusionen und Übernahmen)

Organisation und oberste Leitung

Postanschrift oder Standort

Umfang der Geschäftstätigkeit bzw. Produktpalette innerhalb des zertifizierten Managementsystems

besonderer Status eines der IATF angeschlossenen OEMs

wesentliche Änderungen am Managementsystem und an den Prozessen

2.1.5 Auditabbruch

Falls ein Stufe-2-Audit abgebrochen wird, muss der Auftraggeber mit Stufe 1 Bereitschaftsbewertung neu starten. Falls ein Überwachungsaudit abgebrochen wird, muss das Zertifikat suspendiert werden und ein vollständiges Überwachungsaudit muss innerhalb von neunzig (90) Kalendertagen nach dem Abschlussgespräch erneut durchgeführt werden.

Falls ein Rezertifizierungsaudit abgebrochen wird, muss beim Auftraggeber ein weiteres Rezertifizierungsaudit gemäß Abschnitt 5.1.1. durchgeführt werden. Falls der Zeitraum überschritten wurde, muss der Auftraggeber mit einem Zertifizierungsaudit neu starten (Stufe 1 und Stufe 2),

Falls ein Transferaudit abgebrochen wird, muss der Auftraggeber mit einem Zertifizierungsaudit neu starten (Stufe 1 Bereitschaftsbewertung und Stufe 2)

2.2.6 Abweichungsmanagement:

Die Zertifizierungsgesellschaft muss den Auftraggeber auffordern, innerhalb von maximal sechzig (60) Kalendertagen nach dem Auditabschlussgespräch folgendes vorzulegen:

umgesetzte Korrektur(en),

Ursachenanalyse einschließlich angewandter Methodik, Analyse und Ergebnisse,

implementierte systemische Korrekturmaßnahmen zur Beseitigung aller Abweichungen unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf ähnliche Prozesse und Produkte,

Verifizierung der Wirksamkeit umgesetzter Korrekturmaßnahmen.

In Fällen, in denen der akzeptierte Korrekturmaßnahmenplan für eine Abweichung als nicht akzeptabel angesehen wird, muss die Zertifizierungsstelle die offenen Punkte innerhalb von maximal neunzig (90) Kalendertagen nach dem Auditabschlussgespräch mit dem Auftraggeber klären. Falls keine Lösung gefunden wird, muss das Auditergebnis als nicht bestanden bewertet werden und die IATF-Datenbank entsprechend aktualisiert werden. Die Zertifizierungsentscheidung ist negativ und der Auftraggeber muss mit einem Zertifizierungsaudit neu starten. Das gültige Zertifikat muss umgehend entzogen werden. Eine Hauptabweichung erfordert eine Vor-Ort- Verifizierung.

In besonderen Fällen, in denen die Umsetzung von Korrekturmaßnahmen nicht innerhalb von maximal neunzig (90) Kalendertagen ab dem Abschlussgespräch des vor Ort durchgeführten Audits erfolgen kann, muss die Zertifizierungsstelle die Abweichung als offen, aber 100% gelöst betrachten, wenn die folgenden Bedingungen erfüllt sind:

terminiertes festgelegtes Nachaudit vor Ort auf Basis des akzeptierten Maßnahmenplans und vor dem nächsten Audit

eingeleitete Sofortmaßnahmen, um die Kunden des Auftraggebers keinem Risiko auszusetzen; einschließlich einer Überprüfung der systemischen Auswirkung auf den Prozess des Auftraggebers

dokumentierter Nachweis eines akzeptablen Maßnahmenplans, Anweisungen und Aufzeichnungen, die die Beseitigung des festgestellten, nichtkonformen Zustandes der Abweichung nachweisen – einschließlich einer Überprüfung der systemischen Auswirkung auf den Prozess des Auftraggebers

Bei Nebenabweichungen kann die Zertifizierungsstelle die wirksame Umsetzung der festgestellten Korrekturmaßnahmen beim nächsten Audit verifizieren, statt eine Verifizierung während eines zusätzlichen Audits vor Ort durchzuführen. In Fällen, in denen der akzeptierte Maßnahmenplan als nicht wirksam umgesetzt angesehen wird, muss eine neue Hauptabweichung bezüglich des Korrekturmaßnahmenprozesses festgestellt werden und die vorherige Nebenabweichung muss als Hauptabweichung ausgewiesen werden. Dies führt automatisch zur Aussetzung des Zertifikates.

Falls die Zertifizierungsstelle während eines Rezertifizierungsaudits eine Abweichung feststellt, muss der Dezertifizierungsprozess am letzten Audittag eingeleitet werden.

2.2.7 Special Audits

Es kann für die Zertifizierungsstelle notwendig werden, Audits bei zertifizierten Auftraggebern durchzuführen, um Beschwerden bezüglich der Leistung des Auftraggebers zu überprüfen, bei Änderungen am Qualitätsmanagementsystem des Auftraggebers, bei wesentlichen Änderungen am Standort des Auftraggebers oder infolge einer Zertifikatsaussetzung. Auftraggeber können Special Audits nicht ablehnen.

2.2.8 Transferaudit

Der Auftraggeber hat die vorherige Zertifizierungsgesellschaft über die Absicht des Wechsels zu unterrichten. Eine rechtlich durchsetzbare Vereinbarung muss Bestimmungen enthalten, die sicherstellen, dass diese Vereinbarung so lange verlängert werden kann, bis alle Transferaktivitäten zum Auftragnehmer abgeschlossen sind.

2.9 Ergänzende Bedingungen ISMS nach ISO/IEC 27001

Ergänzend zu den Vorgaben unter Ziffer 1.5 zu Verbundzertifizierungen gelten für ISM-Systeme nach ISO/IEC 27001 die nachfolgenden Vorgaben:

2.9.1 Verbundzertifizierungen können bei Organisationen angewandt werden mit mehreren vergleichbaren Standorten, an denen ein ISMS eingeführt ist, welches die Anforderungen an alle Standorte abdeckt.

Unter folgenden Voraussetzungen kann ein Zertifikat für eine Organisation einschließlich ihrer Standorte ausgestellt werden:

alle Standorte haben das gleiche ISMS, das zentral verwaltet und überwacht wird sowie Gegenstand der internen Auditierung und des Management Review ist,

alle Standorte sind in das interne Auditprogramm und das Management Review Programm einbezogen,

es ist sichergestellt, dass die unterschiedlichen Standorte bei der Auswahl der Stichprobe angemessen berücksichtigt werden.

eine repräsentative Anzahl von Standorten wird vom Auftragnehmer unter Berücksichtigung folgender Gesichtspunkte ausgewählt:

Ergebnisse interner Audits der Zentrale und der Standorte

Ergebnis des Management Review

Unterschiedliche Größe der Standorte

Unterschiede im Geschäftszweck der Standorte

Komplexität des ISMS

Komplexität der Informationssysteme an den verschiedenen Standorten

Unterschiede in der Arbeitsweise

Unterschiede in laufenden Aktivitäten

mögliche Wechselwirkung mit kritischen Informationssystemen oder Verarbeitung sensibler Daten

unterschiedliche gesetzliche Anforderungen

Die repräsentative Stichprobe bezieht sich auf alle Standorte im Geltungsbereich des Kunden- ISMS; sie erfolgt auf Basis der Beurteilung nach Punkt d) sowie nach Zufalls-Elementen.

Vor der Zertifizierung müssen alle Standorte auditiert werden, für die bedeutsame Risiken bestehen.

Das Programm der Überwachung ist so gestaltet, dass in angemessener Zeit alle Standorte berücksichtigt werden.

Korrekturmaßnahmen bei Abweichungen an einem Standort werden auf den gesamten Verbund im Geltungsbereich der Zertifizierung angewendet.

nicht kompromittiert wurde und effektiv funktioniert. Die Zertifizierungsstelle dokumentiert das Ergebnis ihrer Untersuchung.

2.11 Ergänzende Bedingungen Geprüfte Vergleichswebsite (Zahlungskonten)

Der Betreiber der Vergleichswebsite verpflichtet, die Zertifizierungsstelle über alle an der Vergleichswebsite geplanten Änderungen zu informieren, die die Anforderungen an die Vergleichskriterien und an die Vergleichswebsite nach den §§ 17 und 18 des Zahlungskontengesetzes, nach der Vergleichswebseitenverordnung oder des TÜV Saarland Kriterienkatalogs „Geprüfte Vergleichswebsite – Zahlungskonten“ betreffen. Die Information muss erfolgen, bevor der Betreiber die Änderungen auf der Vergleichswebsite veröffentlicht.

Die Zertifizierungsstelle prüft und bestätigt möglichst innerhalb einer Woche nach Eingang einer Information zu geplanten Änderungen, dass die Konformität auch nach der Umsetzung der angezeigten Änderungen weiterhin besteht

Die Zertifizierungsstelle ist verpflichtet, die Deutsche Akkreditierungsstelle GmbH (DAkKs) unverzüglich über die Aussetzung bzw. Entzug des Zertifikats zu informieren. Sofern die DAkKs ihrerseits Kenntnis davon erlangt, dass die Zertifizierungsvoraussetzungen bei einer Vergleichswebsite vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr vorliegen, leitet sie diese Information an die betreffende Zertifizierungsstelle weiter.

Stellt die Zertifizierungsstelle Verstöße gegen die Vorgaben aus dem Zahlungskontengesetz oder der VglWVO während eines Zertifizierungsprozesses fest oder gelangen diesbezügliche Informationen zu ihrer Kenntnis, so ist sie verpflichtet, die DAkKs unverzüglich – innerhalb von zwei (2) Werktagen – davon in Kenntnis zu setzen.

Entscheidet die DAkKs über die Notwendigkeit des Entzuges des Zertifikats, so ist die KBS verpflichtet, das Zertifikat unverzüglich – innerhalb von zwei (2) Werktagen nach Erhalt der Anweisung – zu entziehen.

Stand 2018-12

2.10 Ergänzende Bedingungen IT-Sicherheitskatalog

Für die Prüfung des Geltungsbereichs des ISMS (Scope) und der Risikoeinschätzung gemäß IT Sicherheitskatalog muss das Audit-Team einen Fachexperten hinzuziehen. Der Auftraggeber stimmt dem zu. Er hat das Recht, Informationen über den eingesetzten Fachexperten zu erhalten (fachlicher CV) und den Fachexperten in begründeten Fällen abzulehnen.

Die Zertifizierungsstelle ist verpflichtet, das Zertifikat zu jeder Zeit während der Gültigkeitsdauer auszusetzen oder zurückzunehmen, wenn Kenntnis davon erlangt wird, dass die Zertifizierungsvoraussetzungen bei einem Netzbetreiber vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr vorliegt.

Das Zertifikat wird ausgesetzt oder zurückgezogen, wenn die antragstellende Organisation notwendige Korrekturmaßnahmen während der vereinbarten Frist nicht durchgeführt hat.

Wir sind verpflichtet der Bundesnetzagentur unverzüglich über die Aussetzung bzw. Rücknahme des Zertifikats zu informieren.

Sofern die Bundesnetzagentur ihrerseits Kenntnis davon erlangt, dass die Zertifizierungsvoraussetzungen bei einem Netzbetreiber vorübergehend oder dauerhaft nicht mehr vorliegen, leitet sie diese Information an die betreffende Zertifizierungsstelle weiter.

2.11 Ergänzende Bedingungen ISO 14001 / ISO 45001

2.11.1 Informationspflicht bei schwerwiegenden Vorfällen

Der Kunde muss die Zertifizierungsstelle unverzüglich über den Eintritt eines schwerwiegenden Vorfalls oder Verstoßes gegen Vorschriften informieren, die die Einbeziehung der zuständigen Aufsichtsbehörde erfordern.

2.11.2 Unabhängig von der Beteiligung der zuständigen Regulierungsbehörde kann eine besondere Prüfung (Sonderaudit) erforderlich sein, wenn die Zertifizierungsstelle Kenntnis von einem schwerwiegenden Vorfall im Zusammenhang mit der Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz erhält, beispielsweise einem schweren Unfall, oder eine schwerwiegende Verletzung der Vorschriften, um zu untersuchen, ob das Managementsystem